Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3446**

15. Wahlperiode 30. 06. 2004

Antrag

der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Internationalen Druck auf die Regierung in Simbabwe aufrechterhalten

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Zum wiederholten Mal wurde im Mai 2004 Abgeordneten des Deutschen Bundestages die anlässlich einer Reise im Auftrag des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages geplante Einreise nach Simbabwe von der simbabwischen Regierung verwehrt. Der Deutsche Bundestag verurteilt die damit von der simbabwischen Regierung um Präsident Robert Mugabe erneut zum Ausdruck gebrachte Weigerung, sich einer Auseinandersetzung mit den internationalen Forderungen nach der Einhaltung menschenrechtlicher Mindeststandards und einer Wiederherstellung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundsätze in Simbabwe zu stellen.

Der Deutsche Bundestag stellt weiter fest, dass die humanitäre und menschenrechtliche Situation in Simbabwe alarmierend ist und eine weitere Verschlechterung der Lage der Menschen in Simbabwe erwartet werden muss. Die systematische Aushöhlung des Rechtssystems, regelmäßige Übergriffe der Polizei, des Geheimdienstes und des Militärs sowie die Duldung und Unterstützung von politisch motivierten Gewalttaten insbesondere der Jugendmilizen gegen Angehörige der Opposition und die weitreichenden gesetzlichen und faktischen Einschränkungen der Freiheiten der Menschen, der Presse und der politischen Opposition haben die nach 1990 errungenen positiven Entwicklungen in Simbabwe weitgehend zunichte gemacht. Durch die angeschlagene wirtschaftliche und infrastrukturelle Lage, verstärkt durch die Landenteignungen im Rahmen der so genannten Landreform seit dem Jahr 2000, besteht eine extrem schlechte Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung, die sich wieder zu einer Hungersnot ausweiten könnte. Die Absage der simbabwischen Regierung an internationale Hilfe verstärkt die Befürchtung, dass Präsident Robert Mugabe den Hunger der Menschen als politische Waffe einsetzen wird, um damit die Parlamentswahlen im Frühjahr 2005 zu beeinflussen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung unmittelbar nach Kenntnis von der Einreiseverweigerung für Abgeordnete des Deutschen Bundestages reagiert hat. Der simbabwischen Regierung wurde dabei deutlich gemacht, dass die Bundesregierung Reisen von Bundestagsabgeordneten als unverzichtbaren Bestandteil bilateraler Beziehungen betrachtet.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
sich verstärkt dafür einzusetzen, dass

1. gemeinsam mit den europäischen Partnern in einem intensiven Dialog mit den SADC-Staaten (Southern African Development Community) eine nachhaltige regionale Lösung in Simbabwe angestrebt wird;
2. gemeinsam mit den europäischen Partnern bei der simbabwischen Regierung eingefordert wird, dass die menschenrechtlichen Mindeststandards eingehalten und Wahlen durchgeführt werden, die demokratischen Grundsätzen entsprechen;
3. eine internationale Delegation Zugang zu dem Land erhält, um sich ein Bild von der menschenrechtlichen und humanitären Lage in Simbabwe machen zu können. Diese Delegation sollte von einer allseits geachteten Persönlichkeit aus dem südlichen Afrika geleitet werden;
4. die Parlamentswahlen im Frühjahr 2005 und der vorausgehende Wahlkampf den Statuten der SADC entsprechen und international überwacht werden;
5. gemeinsam mit den europäischen Partnern Nichtregierungsorganisationen und anderen nichtstaatlichen Stellen humanitäre Hilfe bei der Versorgung der simbabwischen Bevölkerung angeboten wird. Dabei ist darauf zu achten, dass diese Versorgung von der simbabwischen Regierung nicht direkt oder indirekt zur politischen Manipulation benutzt werden kann;
6. bei der simbabwischen Regierung eindringlich die Einhaltung des am 17. April 2000 in Kraft getretenen deutsch-simbabwischen Investitionsschutzabkommens eingefordert und darauf hingewiesen wird, dass ansonsten unverzüglich die vertraglich vereinbarte Schlichtungsstelle (arbitral tribunal) angerufen wird;
7. gemeinsam mit den europäischen Partnern alle wirklich reformwilligen Kräfte in Simbabwe, einschließlich der Kirchen, unterstützt werden.

Berlin, den 29. Juni 2004

Franz Müntefering und Fraktion
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion
Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333